



# Europa Newsletter

**Sabine Verheyen**  
Ihre CDU-Europaabgeordnete

**November 2020**

## Aus dem Plenum

### **Veto von Ungarn und Polen gegen das Haushaltspaket & Brexit**

Das Veto von Ungarn und Polen gegen das EU-Haushaltspaket ist in meinen Augen äußerst inakzeptabel und unverantwortlich, insbesondere gegenüber den südlichen Staaten, welche die Gelder dringend zur Linderung der Coronakrise brauchen. Wenn Budapest und Warschau der Ansicht sind, der Mechanismus verstoße gegen die EU-Verträge, sollen sie vor dem Europäischen Gerichtshof klagen und nicht den EU-Haushalt blockieren! Der Rechtsstaatmechanismus ist das richtige Instrument, um den europäischen Haushalt vor Missbrauch, Betrug und Korruption zu schützen. Und genau deshalb werden wir im Europaparlament keinen faulen Kompromissen zustimmen.

Beim Brexit wird die Zeit extrem knapp. Wenn das Vereinigte Königreich wirklich ein Abkommen mit der EU will, brauchen wir jetzt Bewegung in den Gesprächen. Die Staats- und Regierungschefs sowie die britische Seite sollten dabei auch ans Europaparlament denken. Wir müssen einem eventuellen Abkommen zustimmen. Für uns ist klar: Wir werden nichts ungeprüft abnicken. Das Europaparlament wird seiner Verantwortung gerecht werden und den Text genau prüfen.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

### **Mehr Produktsicherheit**

Digitaler Wandel und neue technische Entwicklungen haben Produkte, die wir heute kaufen, stark verändert. Das gilt vor allem für solche, die Anwendungen der künstlichen Intelligenz beinhalten, für die wir einen neuen Rechtsrahmen brauchen, um bestehende Rechtslücken zu schließen. Je risikoreicher ein KI-basiertes Produkt ist, umso strengere Regelungen sollten für die Zulassung auf den Binnenmarkt gelten. Letztendlich müssen alle Produkte ein hohes Sicherheitsniveau aufweisen, egal ob sie online oder offline, von einem Anbieter innerhalb oder außerhalb der EU gekauft werden. Gleichzeitig muss übermäßiger bürokratischer Aufwand vermieden werden, um Innovationen nicht zu behindern. Für uns als CDU/CSU-Gruppe ist klar: Jedes unsichere Produkt auf dem EU-Binnenmarkt ist eines zu viel! Und genau deshalb ist es längst an der Zeit, die bestehenden EU-Vorschriften zur Produktsicherheit zu aktualisieren und anzupassen.

[Erfahren Sie hier mehr über das Thema.](#)

[Hier können Sie den Bericht des EU-Parlaments finden.](#)

## **Medienfreiheit: Maßnahmen gegen Kritiker und Journalisten besorgniserregend**

Als Europäisches Parlament befürchten wir, dass der Medienpluralismus in mehreren EU-Ländern gefährdet ist. Wir warnen daher vor dem zunehmenden Druck und den Schikanen, denen Journalisten ausgesetzt sind. Im Plenum haben wir diese Woche eine Entschließung angenommen, die sich insbesondere mit politischer Einmischung, dem Schutz von Journalisten, Bedrohungen wie die Verbreitung von Hassreden und Desinformation sowie der Rolle von Internetplattformen befasst.

In den letzten Jahren hat sich die Medienfreiheit in der EU leider verschlechtert. Die Medienfreiheit und der Medienpluralismus sind jedoch Grundpfeiler der modernen Demokratie und elementare Bestandteile einer offenen und freien demokratischen Debatte. Gemeinsam mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung, einem unabhängigen Journalismus und einer Umgebung ohne Hetze und Desinformation sind sie daher für ein ordnungsgemäßes demokratisches Funktionieren der EU und ihrer Mitgliedstaaten unabdingbar. Medienvereinnahmung, Hetze und Desinformation werden zunehmend zur stärkeren Polarisierung der Gesellschaft genutzt, die wiederum für politische Zwecke ausgenutzt wird. Das Ziel besteht dabei letztlich darin, zum Hass gegenüber einer Personengruppe, Gesinnung oder Einrichtung aufzustacheln, womit das Thema zu einer so heiklen Angelegenheit in der Gesellschaft wird, dass die emotionalen Reaktionen jegliche Verbundenheit mit den Vorschriften eines demokratischen Staates, der sich auf die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte stützt, überlagern. Auf diese Weise können autoritäre Regierungen die Unterstützung der Gesellschaft gewinnen. Medienvereinnahmung, Hetze und Desinformation sind zu den grundlegenden Instrumenten der Autoritarisierung geworden, d. h. sie werden genutzt, um unter dem Deckmantel demokratischer Wahlen autoritäre Regierungsstrukturen einzuführen. Daher ist das Vorgehen gegen Medienvereinnahmung, Hetze und Desinformation nicht nur im Bereich der Menschenrechte von Bedeutung, sondern auch für die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in der EU unerlässlich.

[Erfahren Sie hier mehr über die Forderungen des EU-Parlaments.](#)

[Hier finden Sie die gesamte Entschließung des EU-Parlaments.](#)

## **Eine neue EU-Industriestrategie**

Diese Woche haben wir im Plenum über einen Bericht zur EU-Industriestrategie abgestimmt. Als EU-Parlament haben wir dabei unsere Forderungen an die Strategie dargelegt. Priorität ist es, dass die europäische Industriestrategie unsere strategische Autonomie in Europa fördert. Wir müssen in unsere eigene Produktion, in unsere Unternehmen sowie in Forschung, Entwicklung und Innovation investieren. Schließlich sind dies alles Motoren für die Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltigen Lösungen sowohl für den Energie- als auch für den digitalen Übergang. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die EU bei vielen lebenswichtigen Produkten wie Batterien, Mikroelektronik und Rohstoffen zu abhängig von anderen Teilen der Welt wird. So müssen wir in Europa Maßnahmen ergreifen, um die Position der EU in der Welt zu stärken und zu schützen, insbesondere in Schlüsselsektoren, die zum Energie- und digitalen Wandel und zu unserer wirtschaftlichen Sicherheit beitragen.

Für uns als EVP-Fraktion ist die europäische Industrie für die Volkswirtschaften lebenswichtig. Die Industrie bietet ein stabiles Leben für Millionen von Menschen und schafft dadurch auch gesunde Gemeinschaften. Es wird geschätzt, dass die Industrie in der EU rund 35 Millionen Menschen beschäftigt und etwa 16 Prozent der EU-Volkswirtschaften ausmacht.

Wir halten es daher für sehr wichtig, dass strategischen Sektoren und Leuchtturmprojekten Vorrang eingeräumt wird. Dazu gehören CO<sub>2</sub>-freie Stahlwerke, klimaneutrale Luftfahrt (Clean Sky) und die Dekarbonisierung von Teilen eines energieintensiven Chemie-Clusters. Die "Batterie-Allianz" ist hierfür ein Beispiel. Ziel der Batterie-Allianz ist die Schaffung einer wettbewerbsfähigen, innovativen und nachhaltigen Wertschöpfungskette in Europa mit nachhaltigen Batteriezellen in ihrem Mittelpunkt.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

## **Eskalierende Spannungen in Varosha nach den illegalen Aktionen der Türkei**

Das türkische Vorgehen in Varosha ist inakzeptabel. Als Europäisches Parlament stehen wir an der Seite Zyperns und verurteilen nachdrücklich diese jüngste Provokation von Präsident Erdogan. Die türkischen Pläne werden die Aussichten auf eine Lösung des Zypernkonflikts ernsthaft untergraben. Sie sind nach den illegalen Bohrungen in griechischen und zypriotischen Gewässern, dem bilateralen Abkommen mit Libyen sowie der Eskalation in Berg-Karabach und in Syrien eine weitere destabilisierende türkische Aktion.

Eine Lösung aller strittigen Fragen kann nur im Dialog aller Beteiligten und auf Grundlage der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erreicht werden. Damit solche Gespräche stattfinden können, muss die Türkei aber endlich von einseitigen Provokationen absehen. Statt durch permanente Konfrontation sollte unsere Beziehung zur Türkei durch Dialog und Kooperation geprägt sein. Dazu muss sich die türkische Politik wesentlich ändern.

[Erfahren Sie hier mehr über das Thema.](#)

**Sabine Verheyen**, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)